



JUNGE WISSENSCHAFT IM ÖFFENTLICHEN RECHT

[Blog](#)
[Verein](#)
[Service](#)
[Tagungen](#)
[Kontakt](#)
[Weitere Projekte](#)

03.
Dez 2015

Kategorien:

Recht
politisch

Kommentare:

Keine
Kommentare

Tags:

Art. 23
GG, Art.
24 Abs. 2
GG, Art.
47 Abs. 7
EUV, Art.
87a II
GG,
Auslandseinsatz,
Beistandsfall,
Bundeswehr,
BVerfG,
EUV,
GSVP,
Hannes
Rathke,
System
kollektiver
Sicherheit

Aux armes, citoyens de l'Union, formez vos bataillons!

Die EU – ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit?

von HANNES RATHKE



Nach den Terroranschlägen von Paris hat der Bundestag gestern in **erster Lesung** über den **Antrag der Bundesregierung** für eine militärische Unterstützung Frankreichs im Kampf gegen die Terrororganisation „IS“ beraten; **morgen** wird er über einen Einsatz

der Bundeswehr entscheiden. Der Antrag wird von der Bundesregierung auf Art. 51 VN-Charta in Verbindung mit Art. 42 Abs. 7 EUV sowie die VN-Sicherheitsratsresolutionen **2170 (2014)**, **2199 (2015)** und **2249 (2015)** gestützt. Dieses Bündel von Rechtsgrundlagen hat **Heribert Prantl** zu der Spitze veranlasst, dass drei oder vier hinkende Beine zusammen kein gesundes ergeben. Dabei sind die Diskussionen zu Art. 51 VN-Charta als Grundlage für einen Beistand Frankreichs Legion (siehe **hier** und **hier**). Vor dem Hintergrund, dass ein bewaffneter Einsatz der Bundeswehr außer im Verteidigungsfall (Art. 87a Abs. 2 GG) nur in Systemen gegenseitiger kollektiver Sicherheit (Art. 24 Abs. 2 GG) erlaubt ist, stellt sich die Frage, ob

Neues im JuWissBlog

Bundesamt für Verfassungsschutz im Zentralisierungsdilemma- Unnötiger Richtungsstreit oder längst notwendige Positionierung?

Autonomie „über alles“: Eine Kritik des Achmea-Urteils des EuGH

„Schleuser-Merkel“ – Wie Anzeigen und Verdächtigungen den politischen Diskurs bedrohen

Die Justiz Saudi-Arabiens: Ein Rechtssystem im Wandel

Befragung statt Urwahl

Ein Klassiker mit Klasse – 60 Jahre Lüth

Sechs Fragen an... Prof. Dr. Anne Sanders, M.Jur. (Oxford), Professorin an der Universität Bielefeld

Versammlungsverbot und Datenspeicherung zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung?

Regulierungsrecht & Blockchain

auch Art. 42 Abs. 7 GG – jenseits des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung (Art. 51 VN-Charta) – dadurch eine Grundlage für den Einsatz der Bundeswehr bildet, dass die EU, insbesondere im Hinblick auf die Beistandsklausel, als ein System kollektiver Sicherheit im Sinne von Art. 24 Abs. 2 GG und mithin als „die verfassungsrechtliche Grundlage für die Übernahme der mit der Zugehörigkeit zu einem solchen System typischerweise verbundenen Aufgaben und damit auch für eine Verwendung der Bundeswehr zu Einsätzen im Rahmen und nach den Regeln dieses Systems“ betrachtet werden kann. Oder im Diktum Prantls: Gibt es jedenfalls ein gesundes Bein?

Beistand gemäß Art. 47 Abs. 2 EUV

Der in den Rahmen der GSVP eingebettete Art. 42 Abs. 7 EUV zielt ab auf einen kollektiven Beistand der EU-Mitgliedstaaten bei einem bewaffneten Angriff auf einen Mitgliedstaat, dem die anderen Mitgliedstaaten alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung im Einklang mit Art. 51 VN-Charta schulden. Die ausschließlich an die Mitgliedstaaten gerichtete Beistandsklausel enthält im Unterschied zur Solidaritätsklausel des Art. 222 AEUV keine Vorgaben für ein formalisiertes „Aktivierungsverfahren“. Insbesondere mit Blick auf die erforderliche Bewertung, ob ein bewaffneter Angriff im Sinne von Art. 51 VN-Charta vorliegt, legt Art. 42 Abs. 4 EUV jedenfalls die Notwendigkeit eines konsensualen Vorgehens der Mitgliedstaaten nahe. Im Übrigen beschränkt sich der normative Gehalt von Art. 42 Abs. 7 EUV auf den Beistand an sich und die durch Art. 42 Abs. 7 UAbs. 1 S. 2 und UAbs. 2 EUV begrenzten Verpflichtungen der Mitgliedstaaten. Ersucht der betroffene Mitgliedstaat um Beistand, folgt aus Art. 42 Abs. 7 UAbs. 1 S. 1 EUV für die Mitgliedstaaten eine allgemeine Pflicht zur solidarischen Hilfeleistung mit zivilen oder militärischen Beiträgen. Im Hinblick auf die konkrete Unterstützung besteht jedenfalls eine politische Verpflichtung, wobei es den Hilfe leistenden Mitgliedstaaten obliegt, Art und Umfang der Unterstützung im Einzelnen zu bestimmen.

Systeme kollektiver Sicherheit

Der Begriff des Systems der kollektiven Sicherheit hat weder verfassungsrechtlich noch völkerrechtlich einen eindeutigen, allgemein anerkannten Inhalt, der zwingende Voraussetzungen für das Vorliegen eines solchen Systems statuiert. Anhaltspunkte ergeben sich insoweit jedoch aus

der **Out-of-area-Entscheidung**, wonach der Begriff die Einordnung in ein friedenswahrendes System mit der Übernahme von Beistandsrechten und -pflichten voraussetzt: „Das System gegenseitiger kollektiver Sicherheit begründet durch ein friedensicherndes Regelwerk und den Aufbau einer eigenen Organisation für jedes Mitglied einen Status völkerrechtlicher Gebundenheit, der wechselseitig zur Wahrung des Friedens verpflichtet und Sicherheit gewährt.“ Dabei muss weder zwischen System kollektiver Sicherheit und kollektiver Selbstverteidigung differenziert werden, noch ist nach Ansicht des Gerichts von Bedeutung, ob das System „ausschließlich oder vornehmlich unter den Mitgliedstaaten Frieden garantieren oder bei Angriffen von außen zum kollektiven Beistand verpflichten soll,“.

Verfassungsgerichtliche Unbestimmtheit

Dass die Beistandspflicht des Art. 42 Abs. 7 EUV aus Sicht des Integrationsgesetzgebers Ausdruck eines Systems kollektiver Sicherheit ist, lässt sich der auf Art. 23 GG gestützten **Zustimmung** zum Lissabon-Vertrag nicht entnehmen. Auch das BVerfG bleibt in seinem Lissabon-Urteil im Vagen, indem es feststellt: *„Auch wenn die Europäische Union zu einem friedenserhaltenden regionalen System gegenseitiger kollektiver Sicherheit im Sinne des Art. 24 Abs. 2 GG ausgebaut würde, ist in diesem Bereich wegen des — der Integrationsermächtigung des Art. 23 Abs. 1 GG insoweit vorgehenden — Friedens- und Demokratiegebots eine Supranationalisierung mit Anwendungsvorrang im Hinblick auf den konkreten Einsatz deutscher Streitkräfte nicht zulässig.“* Aus dem Ratifikationsvorbehalt für den Übergang von der gemeinsamen Verteidigungspolitik hin zu einer gemeinsamen Verteidigung folgert das Gericht, *„dass der Schritt der Europäischen Union zu einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit [...] durch die Rechtslage nach einem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon noch nicht gegangen wird.“* Verweisen diese Feststellungen darauf, dass die EU insbesondere im Hinblick auf Art. 42 Abs. 7 EUV (noch) nicht als ein System kollektiver Sicherheit verstanden werden kann?

Neuland Bündnisfall

Die Ausführungen des BVerfG zwingen nicht zu der Annahme, dass eine (auch) auf Art. 42 Abs. 7 EUV gestützte

Beistandshandlung der Bundeswehr nicht als kollektive Selbstverteidigung im Rahmen eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit im Sinne des Art. 24 Abs. 2 GG betrachtet werden kann. Einerseits hat das Gericht im Hinblick auf die dauerhafte Verantwortungsübernahme des Parlaments für ein völkervertraglich und zustimmungsgesetzlich festgelegtes politisches Programm betont, dass ein solcher „Vertrag entweder auf Integration oder auf die Einordnung in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit gerichtet ist, wie dies Art. 24 Abs. 1 und 2 GG allgemein sowie Art. 23 Abs. 1 GG für den besonders integrierten Bereich der Europäischen Union vorsehen.“ Zudem lassen der Kontext der Aussagen im Lissabon-Urteil und insbesondere der Verweis auf den Ratifikationsvorbehalt für einen Übergang von der gemeinsamen Verteidigungspolitik hin zu einer gemeinsamen Verteidigung darauf schließen, dass sie sich primär gegen eine Supranationalisierung des verfassungsidentitär geschützten Gewaltmonopols richten und auf eine Absicherung des verfassungsunmittelbaren, konstitutiven Parlamentsvorbehalt im Wehrverfassungsrecht abzielen – der im Rahmen des Art. 42 Abs. 7 EUV gerade durch die Entscheidungshoheit der Mitgliedstaaten über einen Beistand sichergestellt wird.

Ist die Annahme eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit jedenfalls nicht ausgeschlossen, so spricht zunächst eine historische Betrachtung für eine dementsprechende Qualifizierung der EU: Die Beistandsklausel geht auf Vorschläge des Europäischen Konvents zurück, um eine der Westeuropäischen Union entsprechende politische Beistandsverpflichtung in das Unionsrecht zu implementieren. In systematischer Hinsicht ist die Beistandsklausel eingebettet in das außen- und sicherheitspolitische Normprogramm des EUV zur „Stärkung der internationalen Sicherheit in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen“, deren Durchführung sich die Union im Rahmen der GASP bzw. GSVP zum Ziel gesetzt hat (Art. 42 Abs. 1 S. 2 und Art. 43 Abs. 1 EUV). Im Verbund mit den Zielen der EU als Friedensprojekt der Völker Europas (Art. 3 Abs. 1 EUV) und insbesondere der Funktion des europäischen Gerichtssystems ist die EU insgesamt als ein System kollektiver Sicherheit angelegt, um Streitigkeiten unter ihren Mitgliedern auf friedliche Weise beizulegen. Dies wird durch die Beistandspflicht des Art. 42 Abs. 7 EUV um ein Element der äußeren Sicherheit ergänzt, indem

„einem Angriff gegen eine der Vertragsparteien eine Bündnisverpflichtung entgegenstellt“ wird.

Marchons, marchons!

Vor diesem Hintergrund erscheint Art. 42 Abs. 7 EUV jedenfalls als Nukleus einer gemeinsamen Verteidigung, der einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit entspricht – ein Nukleus, der ohne Rückhalt in einer gemeinsamen Verteidigung (Art. 42 Abs. 2 UAbs. 1 S. 2 EUV) eine erweiternde Auslegung von Art. 24 Abs. 2 GG erfordert: Die Beistandsklausel ist als horizontale Verpflichtung zwischen den Mitgliedstaaten intergouvernemental verfasst; Beistand erfolgt im Rahmen bilateraler Verständigungen; der Rückgriff auf die Verfahren und Strukturen der GSVP ist fakultativ. Um der EU, insbesondere im Hinblick auf Art. 42 Abs. 7 EUV, das Attribut eines Systems kollektiver Sicherheit zuschreiben zu können, bedarf es mithin einer erweiterten Auslegung von Art. 24 Abs. 2 GG, wonach speziell die Komponente einer „eigenen Organisation“ kein zwingendes Kriterium für die Annahme eines solchen Systems ist. Dies würde einerseits dem Umstand entsprechend, dass verfassungsrechtlichen Grundlagen für einen Auslandseinsatz der Bundeswehr mit Handlungsgrundlagen im Unionsrecht und Völkerrecht verbunden sind, die diskretionären Entscheidungsspielräumen offen stehen. Zudem würde eine solche Auslegung der wesentlichen Ratio des Art. 42 Abs. 7 EUV entsprechen, die auf Grundlage der der integrationsgesetzlichen Zustimmung (Art. 23 Abs. 1 iVm Art. 79 Abs. 2 GG) auf die (Wehr-)Verfassungsordnung (Art. 24 Abs. 2, 87a Abs. 2 GG) wirkt: Im Rahmen des verfassungsrechtlich Vertretbaren muss die europäische Solidarität mit einem angegriffenen Staat handlungsleitend für die Auslegung sein. Rechtspolitisch zugespitzt bedeutet dies: Im Sinne gemeinsamer Solidarität bei terroristischen Anschläge und Gefahren ist besser, mit Frankreich einen rechtlich diskutablen Schritt gemeinsam zu unternehmen, als Frankreich diesen Schritt alleine gehen zu lassen.

Der Autor ist Doktorand am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels-, Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht, Europarecht und Rechtsvergleichung (Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian Müller-Graff) an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Teilen:



Service am Montag →

← Von Schrotflinten und dünnem Eis – Darf sich Deutschland an einem Militäreinsatz in Syrien beteiligen oder nicht?

Ähnliche Beiträge

Wotans Reflexionspotenziale
 langsamer aufbauen des
 Abschied? – darum Bundespräsident
 Von der geht es ja Deutsche
 Möglichkeit letztlich! Drohnen
 einer Teil II und der
 Integrationsrechtsprechung Parlamentsvorbehalt
 für die
 pluralistische
 Bürgergesellschaft

Hinterlasse eine Antwort

Deine E-Mail-Adresse wird nicht veröffentlicht. Erforderliche Felder sind markiert *

Name *

Email *

Website

Ich bin kein Roboter.

reCAPTCHA

[Datenschutzerklärung](#) - [Nutzungsbedingungen](#)

Kommentar abschicken

☐

Benachrichtige mich über nachfolgende Kommentare via E-Mail.

☐ Benachrichtige mich über neue Beiträge via E-Mail.

Aktuelle Beiträge

Bundesamt für Verfassungsschutz
im Zentralisierungsdilemma-
Unnötiger Richtungsstreit oder
längst notwendige Positionierung?

Tagung zum Netzwerkrecht: Die
Zukunft des NetzDG und seine
Folgen für die Netzkommunikation

Autonomie „über alles“: Eine Kritik
des Achmea-Urteils des EuGH

„Schleuser-Merkel“ – Wie Anzeigen
und Verdächtigungen den
politischen Diskurs bedrohen

Die Justiz Saudi-Arabiens: Ein
Rechtssystem im Wandel

Two Years after the “March of Hope”
from Idomeni: Interventions against
Push-Backs along the Balkan
Route(s)

Vierter Kongress der
deutschsprachigen
Rechtssoziologie-Vereinigungen

Unpacking Economic and Social
Rights: International and
Comparative Dimensions

Rechtsvergleichung als didaktische
Herausforderung – Zur Bedeutung
der Rechtsvergleichung im
juristischen Studium

Befragung statt Urwahl

Ein Klassiker mit Klasse – 60 Jahre
Lüth

Sechs Fragen an... Prof. Dr. Anne
Sanders, M.Jur. (Oxford), Professorin
an der Universität Bielefeld

Versammlungsverbot und
Datenspeicherung zum Schutz der
öffentlichen Sicherheit und
Ordnung?

4. Tagung junger
ProzessrechtswissenschaftlerInnen

Regulierungsrecht & Blockchain

Kontakt

Junge Wissenschaft im
Öffentlichen Recht e.V.

Bucerius Law School
Jungiusstraße 6
20355 Hamburg
Telefon 040 30706 204
Telefax 040 30706 195

Kontakt zum Verein:
kontakt@juwiss.de

Kontakt zum JuWissBlog:
redaktion@juwiss.de

Hinweise zu Stellen, Call for
Papers, etc. bitte an:
service@juwiss.de

JuWiss-Blog abonnieren

E-Mail-Adresse

Abonnieren

Tweets

JuWiss

@JuWiss

Mehr Zentralisierung beim Bundesan-
für Verfassungsschutz führt nicht
zwingend zu mehr Sicherheit finden
Biljana Vrhovac und Marc
Sprungmann und fordern stattdesser
eine verbesserte Zusammenarbeit de
verschiedenen Sicherheitsbehörden.
juwiss.de/25-2018/

	Bundesamt für V... von BILJANA VR... juwiss.de
--	---

5

JuWiss

@JuWiss

Unser wöchentlicher Service am
Montag mit vielen spannenden
Stellen. juwiss.de/service-am-mon...

	Service am Mont... Stellen Forschun... juwiss.de
--	---

26. März 201

u